

STUTTGARTER NACHRICHTEN

Nummer 221 · 39. Woche · 81. Jahrgang · Aus den Stadtteilen

Donnerstag, 24. September 2026

www.stn.de · € 2,90 · E 4063

ADAC fordert Ende der 12-Uhr-Regel

Laut Automobilclub sanken die Spritkosten durch die Regel nicht – stattdessen entstanden Zusatzkosten.

MÜNCHEN. Der ADAC fordert die Abschaffung der Zwölf-Uhr-Regel an den Tankstellen. Zwar sei die Zahl der täglichen Preisänderungen durch die Regel erheblich reduziert worden. Allerdings habe die Maßnahme die Preise „keinesfalls gesenkt“, so der ADAC. Die Regel solle daher „zeitnah beendet werden“. Der Automobilclub moniert, dass sich die Preisdifferenz innerhalb eines Tages durch die Zwölf-Uhr-Regel ausgeweitet habe. Wer mittags nach zwölf Uhr tanken müsse, habe „erhebliche Zusatzkosten, die sich in keiner Weise rechtfertigen lassen“.

Die Zwölf-Uhr-Regel gilt seit April. Seitdem dürfen Tankstellen die Spritpreise nur einmal am Tag um 12 Uhr anheben, Preissenkungen bleiben jederzeit erlaubt. *AFP*
Kommentar

Kommentar

Die 12-Uhr-Regel ist unsinnig

Der ADAC spricht sich dagegen aus, die Tankpreise weiterhin nur einmal am Tag zu erhöhen. Das ist richtig so.

VON DOROTHEE TOREBKO

Preisbewusste Rentner und Pendler mit flexiblen Arbeitszeiten hatten in den vergangenen sechs Monaten eine Gemeinsamkeit: Musste der Tank befüllt werden, taten sie das am Vormittag. Denn mittags schnellten die Diesel- und Benzinpreise in die Höhe. Nun hat der ADAC die Abschaffung der 12-Uhr-Regel gefordert. Zu Recht.

Der Autoclub sowie Wirtschaftsinstitute haben festgestellt, dass die einmalige Preiserhöhung am Tag zwar Transparenz darüber bringt, wann die Preise am niedrigsten sind. Eine Entlastung für Verbraucher ist sie aber nicht. Denn sie führt zu insgesamt höheren Durchschnittspreisen. Kein Wunder: Wenn Unternehmen einen Tag lang keine Erhöhung vornehmen können, haben sie einen Anreiz, um 12 Uhr einen Sicherheitsaufschlag einzupreisen. Vor Einführung der Maßnahme gab es also mehr Möglichkeiten, günstiger zu tanken. Zudem ändert die Regel nichts am eigentlichen Problem: Die Kraftstoffpreise werden durch Rohölpreise, Transportkosten, Steuern und Abgaben bestimmt. Sie steuern, wie viel Autofahrer hierzulande für Diesel und Benzin zahlen. Die 12-Uhr-Regel ändert daran nichts.

Dass die Maßnahme wenig bringt, ist auch der Bundesregierung bekannt. Deshalb will sie schon bald eine Neuauflage des Tankrabatts und später einen Spritpreisdckel einführen. Doch auch diese Mittel werden nur punktuell Entlastung bringen und sind zudem teuer.

Wetter



Mittags 19° | Nachts 9°

Erst ist es stark bewölkt, nachmittags von Norden sonniger

Kontakt

Redaktion: 0711 / 72 05 – 0
Leserservice (Abo): 0711 / 72 05 – 61 61



Angegriffenes Monument

Der Eiffelturm in Paris ist ein Tourismusmagnet – das belegt schon ein neunstelliger Jahresumsatz. Erstaunlicherweise fehlt trotzdem das Geld für nötige Sanierungen und mehr Sicherheit. Kritiker werfen der Betreibergesellschaft Misswirtschaft, Schlendrian und Günstlingswirtschaft vor.
Aus aller Welt

In der SPD wachsen die Bedenken gegenüber der Linken

Clan-Kontakte sowie Antisemitismus-Vorwürfe: Sozialdemokraten und Grüne warnen vor einem möglichen Regierungsbündnis mit der Linken in der Bundeshauptstadt.

VON TOBIAS PETER, REBEKKA WIESE
UND THEO WESTERMANN

BERLIN/STUTTGART. Die SPD-Spitze hat sich ungewöhnlich deutlich in die Debatte über eine mögliche rot-grün-rote Koalition in Berlin eingeschaltet. „Antisemitische Parolen haben weder in unserer Gesellschaft noch in unserer Politik Platz“, schrieben die SPD-Vorsitzenden Lars Klingbeil und Bärbel Bas sowie Generalsekretär Tim Klüssendorf. Die Linke in der Hauptstadt dürfe „Antisemitismus und Clan-Kriminellen in ihren Reihen keinen Millimeter Platz lassen“.

Die Entscheidung liegt bei der SPD in solchen Fällen in den Landesverbänden selbst. Klingbeil, Bas und Klüssendorf markieren nun aber eine Grenze, die aus ihrer Sicht nicht überschritten werden darf.

Mit ihrem historisch schlechten Ergebnis von 12,1 Prozent bei der Abgeordnetenhaus-Wahl befindet sich die als eher links geltende Berliner SPD in einer schwierigen Lage. Neben einer rot-grün-roten Regierung unter Führung der linken Wahlsiegerin Elif Eralp wäre auch ein Bündnis von CDU, Grünen und

„Wenn sich die Linke in Berlin nicht klar von Antisemitismus und Clankriminalität distanziert, müssen die Demokraten zusammen eine Regierung bilden.“

Sascha Binder,
SPD-Fraktionschef im
baden-württembergischen
Landtag



Foto: dpa/
Christoph
Schmidt

Trump trifft Xi: Europa soll mitmischen

Die deutsche Wirtschaft fordert die EU auf, den beiden Mächten gegenüber Interessen zielgerichtet zu vertreten.

BERLIN. Vor dem USA-Besuch des chinesischen Präsidenten Xi Jinping hat die deutsche Wirtschaft von der Europäischen Union eine aktive Handelspolitik verlangt. „Es ist wichtig, dass die EU nicht in Schockstarre verhardt, sondern zielgerichtet ihre außenwirtschaftlichen Interessen vertritt“, sagte der Außenwirtschaftschef der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK), Volker Treier. Xi wird am Donnerstag in Washington bei US-Präsident Donald Trump erwartet.

Treier wies darauf hin, dass die USA und China zu den wichtigsten Handelspartnern Deutschlands gehörten. „Eine neue Eskalation zwischen den beiden Wirtschaftsgiganten würde auch die deutsche Wirtschaft hart treffen.“ Europa dürfe „nicht nur Zaungast“ in der Handelspolitik sein. *dpa*
Leitartikel

Gegen K.o.-Tropfen: Hubig setzt auf höhere Strafen

Die Bundesregierung berät über einen Entwurf von Justizministerin Hubig, wonach K.o.-Tropfen als Waffe eingestuft werden sollen.

BERLIN. Beim Thema K.o.-Tropfen wären höhere Strafen aus Sicht von Bundesjustizministerin Stefanie Hubig für potenzielle Täter ein deutliches Zeichen der Abschreckung. „Das ist schon ein starkes Signal und ein starkes Stoppschild, wenn man weiß: Wenn man so etwas tut, dann ist man mit mindestens fünf Jahren Freiheitsstrafe dabei“, sagte die SPD-Politikerin.

Die Bundesregierung will für den Einsatz sogenannter K.o.-Tropfen höhere Strafen. Wer die gefährlichen Mittel für eine Vergewaltigung oder einen Raub einsetzt, soll laut einem Entwurf der Bundesregierung künftig mit mindestens fünf Jahren Freiheitsstrafe rechnen müssen. Dazu sollen K.o.-Tropfen rechtlich so eingestuft werden wie eine Waffe oder ein gefährliches Werkzeug.

Abschreckung alleine helfe nie, sagte die Justizministerin. „Wir brauchen Aufklärung, wir brauchen eine bessere Prävention – alles,

SPD möglich. Ein Nein zu Rot-Grün-Rot wäre für die Landesspitze nicht ganz einfach. Doch zu den Antisemitismus-Vorwürfen kommt noch der Streit über die mögliche Vergesellschaftung von Wohnungskonzerne. Eralp hatte diese im Wahlkampf versprochen, der gescheiterte SPD-Spitzenkandidat Steffen Krach hatte sie ausgeschlossen.

Auch die in Berlin ebenfalls sehr linken Grünen stehen vor dem Dilemma. Lieber würden sie in einer rot-grün-roten Koalition als in einem Bündnis aus CDU und SPD in Berlin regieren, wollen sich aber nicht auf eine Regierung mit Antisemiten einlassen. Baden-Württembergs Ministerpräsident Cem Özdemir warnte seine Partei vor einer Koalition mit der Linken, solange diese sich nicht klar von Antisemitismus distanzieren.

Scharf kritisierte auch der SPD-Fraktionschef im Südwesten, Sascha Binder, die Linke in Berlin. „Drei Tage nach der Wahl in Berlin habe ich nicht das Gefühl, dass man sich dort glaubhaft distanziert“, sagte er unserer Zeitung. Wenn diese nicht geschehe, dann sei klar, dass „die Demokraten zusammen eine Regierung bilden müssen“.

was dazugehört.“ Als Gesetzgeber sei es wichtig, zu sagen: „Bis hierhin und nicht weiter. Und wenn du diese Linie überschreitest, dann wird es richtig heftig.“

Der Gesetzentwurf ist Teil einer Gesamtstrategie zum besseren Schutz von Frauen vor Gewalt, mit mehr Prävention, Aufklärung und Unterstützung für Betroffene. Der Bundesgerichtshof hatte 2024 entschieden, dass K.o.-Tropfen nicht als „gefährliches Werkzeug“ im Sinne des Strafgesetzbuches zu verstehen seien.

Die Strafverschärfung hält der Bundesgeschäftsführer des Deutschen Richterbunds, Sven Rebehn, für angemessen. Doch vor allem bei der Strafverfolgung müsse die Politik für eine größere Schutzverantwortung ansetzen: Vielfach unterbesetzte Staatsanwaltschaften seien kaum noch in der Lage, eingehende Sexualstrafverfahren zügig zu bearbeiten. *dpa*

Region Stuttgart: Milliarden-Invest für die S-Bahn

Der Verband Region Stuttgart stellt seinen Etat für 2027 auf, blickt weit voraus und will die Schiene stärken.

STUTTGART. Es ist „die größte verkehrspolitische Weichenstellung“ in der Geschichte des Verbands Region Stuttgart. Das sagt dessen Direktor Alexander Lahl. Gemeint ist die Neuausschreibung des S-Bahn-Vertrages, die jetzt vorbereitet wird und von 2034 an greifen soll. Verbunden ist damit eine stärkere Rolle des Verbandes, der über die nächsten Jahre hinweg Investitionen in „Milliardenhöhe“ ankündigt, unter anderem für die Beschaffung von 200 neuen Fahrzeugen, um die S-Bahn fit für die Zukunft zu machen.

Lahl gab diesen Ausblick bei der Vorstellung des Verbandsetats für 2027, der alleine ein Gesamtbudget von 565,5 Millionen Euro umfasst. Neben dem Ausbau des Schienenverkehrs sind Gelder reserviert, um den wirtschaftlichen Wandel zu unterstützen. *wö*

Berlin verzichtet auf Olympiabewerbung

BERLIN. Berlin will seine Bewerbung als nationaler Olympiakandidat wohl zurückziehen. Berichten des Rundfunks Berlin-Brandenburg und des „Tagesspiegel“ zufolge fiel die Entscheidung nach einer Beratung auf Senatsebene. Am Samstag entscheidet der Deutsche Olympische Sportbund über den deutschen Bewerber für die Olympischen und Paralympischen Sommerspiele 2036, 2040 oder 2044. Im Rennen sind noch München und die Region Köln/Rhein/Ruhr. *AFP*

Kritik an Chefs der Polizei Ludwigsburg

STUTTGART. Innenminister Manuel Hagel (CDU) droht neuer Ärger mit der Polizei. Die Bürgerbeauftragte Beate Böhlen (Grüne) wirft seinem Haus vor, auf ihre Berichte über schwere Führungsprobleme beim Polizeipräsidium Ludwigsburg nicht reagiert zu haben. Nachdem über Monate kein Termin mit dem zuständigen Staatssekretär zustande gekommen war, alarmierte Böhlen den Innenausschuss des Landtags. An der Präsidentschaft und ihrem Vize in Ludwigsburg gebe es von vielen Seiten massive Kritik.

Angesichts sich häufender Probleme mit Führungsposten bei der Polizei fordert die Landtags-SPD Hagel auf, Landespolizeipräsidentin Stefanie Hinz abzulösen. Sie genieße in der Polizei kein Vertrauen mehr. *mül*



Es wird immer voller bei den StN-Kita-Spielen – auch in diesem Jahr war das Gewusel in der Stuttgarter Scharrena groß.

Fotos: Baumann

Rekordbeteiligung bei den StN-Kita-Spielen

So viele Jungen und Mädchen aus 80 Stuttgarter Einrichtungen wie noch nie messen sich an den acht verschiedenen Bewegungsstationen in der Scharrena.

VON DIRK PREIß

STUTTGART. Die Scharrena im Stuttgarter Neckarpark ist es ja durchaus gewohnt, beinahe aus allen Nähten zu platzen. Zum Beispiel, wenn die Volleyballerinnen von Allianz MTV Stuttgart vor ausverkauften Tribünen auf dem Feld stehen. An diesem Mittwochvormittag geht es aber nicht darum, Bälle übers Netz zu baggern und zu pritschen. Es geht vielmehr um die Schlange, die Ameise, das Känguru, das Eichhörnchen, den Bär, den Krebs, den Seehund und das Chamäleon. Und natürlich: um Paul, den Pinguin. Letzterer ist das Maskottchen der „Stuttgarter Kindernachrichten“ – und Stammgast bei den Kita-Spielen, die von der Sportkreisjugend (SKJ) in Zusammenarbeit mit der AOK, der Gluckerschule, der BW-Bank und dem Stuttgarter Sportamt veranstaltet werden. Die „Stuttgarter Nachrichten“ sind Medienpartner dieses besonderen Sporttags für die Mädchen und Jungen aus 80 unterschiedlichen Einrichtungen.

Schon im vergangenen Jahr war die Beteiligung rekordverdächtig. In diesem Jahr wurden es noch mehr Kinder – genauer gesagt: 850 Kids wuselten durch die Scharrena und testeten ihr Können an den acht Bewegungsstationen, die nach den bereits genannten Tieren benannt waren. Und deren Anforderungen sich an ebenjener Tierwelt orientierten. Beim Känguru wurde gehüpft, beim Eichhörnchen balanciert (wie auf einem

850

Mädchen und Jungen aus unterschiedlichen Stuttgarter Einrichtungen haben in diesem Jahr an den Kita-Spielen in der Scharrena teilgenommen.

Ast), bei der Schlange wurde ein Slalomlauf gefordert, und bei der Ameise mussten Gegenstände von A nach B transportiert werden. „Kita-Kinder entdecken die Welt mit allen Sinnen. Wenn wir ihnen von klein auf Freude an Bewegung und gesunder Ernährung vermitteln, unterstützen wir sie bestmöglich auf dem Weg zu einem gesunden Leben“, erklärte Alfred Bauser, der Themenfeldmanager Gesundheitsförderung bei der AOK. Martin Maixner, der Chef der SKJ, ergänzte: „Rund 850 Kinder aus 80 Kitas, das ist ein neuer Rekord. Wir freuen uns, dass so viele Kinder Freude am Sport haben, und unterstützen dies gerne weiterhin mit unseren Bewegungsangeboten.“ Die Gluckerschule und die BW-Bank stellten wichtige Helferinnen und Helfer.

Die besten Teilnehmerinnen und Teilnehmer stellten in diesem Jahr die „Tageseinrichtung für Kinder Hasenbergstraße“, das „Kinder- und Familienzentrum Duisburger Straße“ und die „Tageseinrichtung für Kinder Ibisweg“.

